

Stand: 21.04.2026 03:10:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20838

"Unverzüglich Klarheit schaffen: Was plant die Staatsregierung bezüglich der Straßenausbaubeiträge?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20838 vom 22.02.2018
2. Beschluss des Plenums 17/20889 vom 22.02.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 22.02.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Unverzüglich Klarheit schaffen: Was plant die Staatsregierung bezüglich der Straßenausbaubeiträge?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich im zuständigen Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über den Stand der Arbeiten an der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu berichten und hierbei insbesondere auf folgende Fragestellungen einzugehen:

- Wann ist mit der Vorlage eines Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und dem Inkrafttreten einer solchen Regelung zu rechnen?
- Welche Erstattungsregelung für den Ausfall der bisherigen Beitragseinnahmen ist für die Kommunen angedacht?
- Von welcher Höhe an Erstattungen für die Kommunen geht die Staatsregierung aus und wie gedenkt sie diese Erstattungen zu finanzieren?
- Werden auch Kommunen, welche bisher keine Straßenausbaubeitragssatzung verabschiedet haben, in den Genuss der Erstattungen kommen?
- An welche Regelung denkt die Staatsregierung im Hinblick auf die, seit Inkrafttreten der Regelungen zu den Straßenausbaubeiträgen gezahlten, noch nicht vollständig abgerechneten und gestundeten oder verrenteten Beiträge?

Begründung:

Nachdem im Landtag ein Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 17/19093) eingebracht und ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestartet wurde, hat die die Staatsregierung tragende Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Kloster Banz vor fünf Wochen folgenden Beschluss gefasst: „Die CSU-Fraktion wird die Straßenausbaubeiträge schnellstmöglich abschaffen. Einzelheiten wie Übergangsregelungen oder die finanzielle Unterstützung der Kommunen werden wir in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden erarbeiten.“ (Quelle: CSU.de, 17.01.2018) Seither können die bayerischen Kommunen nicht mehr rechtssicher Straßenausbauten in Angriff nehmen, da allgemein mit einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gerechnet wird. Gleichzeitig sind wichtige Fragen bisher vollkommen offen. Um den Kommunen hier möglichst schnell Planungssicherheit zu geben, hat die Staatsregierung unverzüglich dem zuständigen Ausschuss über die Planungen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu berichten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/20838

Unverzüglich Klarheit schaffen: Was plant die Staatsregierung bezüglich der Straßenausbaubeiträge?

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Klaus Adelt

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Jürgen Mistol

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich zur gemeinsamen Beratung den zweiten Dringlichkeitsantrag der Tagesordnung aufrufen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Straßenausbaubeiträge: Rechtssicherheit herstellen - es darf keinen Sinn machen, jetzt noch Straßenausbaubeitragssatzungen zu erlassen oder zu ändern (Drs. 17/20790)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

Unverzüglich Klarheit schaffen: Was plant die Staatsregierung bezüglich der Straßenausbaubeiträge? (Drs. 17/20838)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist Herr Kollege Aiwanger. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags! Der Landtag hat sich nach dem Anstoß der FREIEN WÄHLER auf den Weg gemacht, die Straßenausbaubeiträge in Bayern abzuschaffen. Jetzt sind wir mitten in diesem Prozess und müssen die Dinge sortieren und zu Ende denken.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Sie sortieren gar nichts!)

Wir sind natürlich an einem Punkt angelangt, an dem wieder nachkorrigiert werden muss.

Ich sehe hier die Parallele zur Einführung des neunjährigen Gymnasiums. Da haben wir über Jahre hinweg immer wieder Anträge gestellt, die Dinge zu flankieren und in die richtige Richtung zu drängen sowie Fehlentwicklungen zu verhindern. Am 25. Januar haben wir als Aktuelle Stunde der FREIEN WÄHLER schon das Thema "Rechts-

unsicherheit beenden!" gehabt. Ich habe Ihnen damals, heute vor vier Wochen, schon gesagt: Auf uns wird das Thema zukommen, dass Bürgermeister rein aus taktischen Gründen überlegen, Straßenausbaubeitragssatzungen einzuführen. Sie können die Rede nachhören. Die Bürgermeister erhoffen sich davon, sich für die Zukunft besser aufzustellen. Dieser Fall ist mittlerweile eingetreten. Am vergangenen Montag hat Neustadt bei Coburg mit den Stimmen von CSU und SPD eine Satzung auf den Weg gebracht.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Selber schuld!)

– Das werfe ich den Beteiligten vor Ort gar nicht vor. Das ist darauf zurückzuführen, dass hier seitens der Staatsregierung und seitens der CSU-Fraktion eine Unsicherheit im Raum ist. Wenn ich hier den Zwischenruf "Selber schuld" höre, dann frage ich mich, warum Sie Ihre Kollegen vor Ort nicht informiert haben. – Haben sich vielleicht Ihre CSU-Stadträte nicht an Sie gewandt? Zumindest ist bis dorthin nicht durchgedrungen, dass von Ihnen noch nicht ausgesprochen worden ist, in welche Richtung wir wollen,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Ein Blödsinn!)

in welche Richtung Sie wollen. Sie haben sich bis heute noch nicht dazu geäußert,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Weil sie selber denken, die denken selbst!)

ob es vielleicht doch Sinn macht, jetzt noch irgendetwas zu erlassen; ob es vielleicht doch Sinn macht, bestehende Satzungen nachzuschärfen, um nachher in den Genuss von Ersatzzahlungen zu kommen.

(Zuruf von der CSU: Der Landtag ist kein Europaparlament!)

Ich unterstelle den Kollegen in Neustadt bei Coburg nicht, dass sie dumm sind, sondern sie haben eben auch nicht mehr Informationen als wir hier. Wir haben Ihnen das

schon Ende Januar gesagt. Wie heute sind auch damals von Ihnen nur Hohn und Spott, aber keine Eckdaten gekommen.

Ich habe Ihnen schon damals gesagt, dass es gar nicht darum geht, heute schon den wasserdichten Gesetzentwurf auf den Tisch zu legen. Unser Gesetzentwurf ist noch nicht wasserdicht – und Ihrer ist noch gar nicht in Erscheinung getreten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU))

Unser Gesetzentwurf ist jetzt ein Vierteljahr alt. – Sie wissen außer den Zwischenrufen noch nichts. Sie haben nachher die Zeit, die Dinge zu enthüllen und Klarheit zu schaffen. Nicht mehr und nicht weniger erwarte ich von Ihnen.

Unser Antrag heute zielt darauf ab, den Gemeinden und den Bürgermeistern draußen zu sagen: Liebe Bürgermeister, wir sind im Gesetzgebungsprozess, und am Ende dieses Prozesses gehen wir nach heutigem Ermessen davon aus, dass es jetzt keinen Sinn mehr macht, Satzungen zu ändern oder Satzungen neu zu erlassen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Aha! Sehr sinnvoll!)

Diese Aussage sind Sie der Öffentlichkeit bisher schuldig geblieben. Deshalb gehen wir mit diesem Antrag rein, und das ist nicht aus der Luft gegriffen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist eine Verhohnepipelung!)

– Herr Herrmann, bitte, Sie können das nachher klarstellen. Ich freue mich auf Ihre Worte. Sie haben mir letztes Mal vorgeworfen, ich würde nur Probleme anschneiden, aber keine Lösungen bringen. Sie haben nicht mal die Probleme erkannt. Deshalb sage ich Ihnen die Probleme – und sage Ihnen auch die Lösung dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir erwarten von Ihnen als Staatsregierung heute, ähnlich vorzugehen wie vor Kurzem mit dem Brief an die Gemeinden, diese möchten bitte keine Beitragsbescheide

mehr erlassen, um kein Durcheinander bezüglich des Verwaltungsablaufs in Gang zu setzen. Genauso erwarten wir von Ihnen heute wenigstens die mündliche Mitteilung, idealerweise am Ende auch einen Brief an die Gemeinden, in dem Sie genau klarstellen: Lieber Bürgermeister, bitte machen Sie keine strategischen Spielchen mehr. Wir bemühen uns darum, eine Lösung zu finden, die auf alle Fälle beinhaltet, dass es heute keinen Sinn mehr macht, eine Satzung zu erlassen oder zu ändern. Wie Sie dann Ihre Satzung gestalten, das ist Ihre Sache.

Wir sagen in unserem Antrag ganz klar, laufende Maßnahmen müssen beitragsfrei sein. Außerdem sollte man die Bürgermeister auf keinen Fall in die Verlegenheit bringen, zu meinen, sie könnten noch einen Vorteil haben, wenn sie sich einen Juristen einladen, wenn sie Satzungen diskutieren, wenn sie einen Gemeinderat mit solchen Dingen behaften, die politisch eigentlich überholt sein sollten.

Bitte sagen Sie das aber auch – nicht mehr und nicht weniger erwarten wir heute von Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Adelt das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Adelt (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich am Dienstagvormittag die Pressemitteilung aus Neustadt bei Coburg und die Mails, die unsereinen tagtäglich von Straßenausbaubeitragsgegnern erreichen, gelesen habe, wusste ich das Thema der Aktuellen Stunde der FREIEN WÄHLER sofort. Das ist erneut ein Antrag, der wirklich abstrus ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der ist nicht abstrus!)

Ich kapiere den Antrag in der Form überhaupt nicht. Herr Kollege Aiwanger, ich kapiere auch nicht den Zusammenhang zwischen den Ausführungen, die am Rednerpult gemacht wurden, und dem, was im Antragstext steht. Die Staatsregierung wird aufge-

fordert, klarzustellen, dass es keinen Sinn macht, jetzt noch Straßenausbaubeitrags-satzungen zu erlassen oder zu ändern, und dies den Kommunen zeitnah mitzuteilen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau das habe ich gesagt! Das habe ich dreimal hintereinander gesagt!)

Was soll das überhaupt? – Für mich ist das absurd. Sie haben sogar nachgeschoben, dass das noch nicht in die Kommunalpolitik durchgedrungen sei. Jeder der über 2.000 Bürgermeister weiß genau, was Sache ist, und die Gemeinderäte wissen das auch. Derzeit wird kein Auftrag für irgendwelche Straßenausbauten erteilt, weil keine Rechtssicherheit besteht. Das geben Bürgermeister zu, die eine Woche zuvor noch mit euren Unterschriftslisten unterwegs waren. Das ist für mich völlig absurd. Wenn ein Oberbürgermeister aus Gründen der Vorsicht eine Satzung erlässt und ehrlicher-weise gleich dazuschreibt, dass er sie in diesem Jahr nicht mehr anwenden wird, dann zeigt dies die große Not.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein SPD-Oberbürgermeister!)

Ich kann es nicht verstehen. Ich weiß nur, dass es ein Schnellschuss war. So ein Ge-setz muss wohlüberlegt sein. Das sage ich sehr deutlich. Der Antrag geht ins Leere.

Wir, die SPD, haben volles Verständnis dafür, dass sich die Staatsregierung die Sa-chen sehr genau überlegt. Mittlerweile ist es jedoch an der Zeit, Speck zu den Stockfi-schen zu geben, damit wir auch wissen, was los ist. Die Fragen sind draußen. Wann ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfs zu rechnen? An welche Erstattungsregelungen denkt man? Von welcher Höhe an Erstattungen können die Kommunen ausgehen? Es bestehen Unsicherheiten bei der Aufstellung der Haushalte. Die Frage ist: Werden auch Kommunen, die keine Satzung erlassen haben, mit Ausgleichszahlungen be-dacht? – Eigentlich brauchen sie diese ja nicht, sonst hätten sie sie vorher schon er-hoben. Wie ist es mit denen, die Beiträge hätten erheben können, aber nicht erhoben haben? Welche Regelungen sind für bereits gezahlte Beiträge, für noch nicht vollstän-

dig abgerechnete Beiträge, für gestundete Beiträge und für verrentete Beiträge angedacht?

Wir, die SPD, erwarten nicht die Lösung bis ins Detail. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzungen mit all ihren Folgen in der nächsten Legislaturperiode noch viele Petitionen nach sich ziehen wird. Dass man Bürgermeister an den Pranger stellt, die nach wie vor nach Recht und Gesetz handeln, kann ich nicht verstehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe niemanden an den Pranger gestellt!)

Ihr behauptet, die absolute Kommunalpartei zu sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Deshalb wollen wir es!)

Es ist zu den Bürgermeistern durchgedrungen!

(Beifall der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Deshalb haben wir den Antrag gestellt, dass im Kommunal- und Innenausschuss möglichst zeitnah über den Sachstand berichtet wird. Das ist ein vernünftiger Antrag. Man muss den Bürgern im Laufe Ihres Volksbegehrens sagen, was Sache ist, und zwar ganz deutlich.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Ich bin guten Mutes. Bei Ihrem Antrag werden wir uns enthalten, weil wir nicht wissen, was Sie wollen. Man weiß nicht, ob man nun dafür oder dagegen stimmt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen weiß man nicht, was Sie wollen!)

– Trinken wir nachher einmal einen Kaffee, dann müssen wir die anderen Leute nicht belästigen.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gerne!)

Für unseren Berichts Antrag bitte ich um breite Zustimmung. Das können wir im Innenausschuss vernünftig verhandeln. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Inge Aures (SPD): Genau!)

Präsidentin Barbara Stamm: Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Adelt, können Sie bitte am Rednerpult bleiben.

Klaus Adelt (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Wie erwartet.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Adelt, einerseits erwarten Sie alles, und andererseits verstehen Sie nichts. Hier besteht eine gewisse Diskrepanz.

(Widerspruch bei der SPD und der CSU)

Lieber Kollege Adelt, ich habe Sie lediglich zitiert. Klar ist, und das ging aus den Worten des Kollegen Aiwanger deutlich hervor: Erstens. Wir üben keine Kritik an diesem Bürgermeister. Wir wollen eine klare Ansage an die Bürgermeister, dass es sich nicht mehr rentiert, kurz vor Ladenschluss noch eine Satzung einzuführen. Wir wollen für diese Klarheit sorgen, die wir bei Ihnen vermissen.

(Inge Aures (SPD): Wir haben doch schon einen Brief geschrieben. Der hat doch keine Ahnung!)

Zweitens. Es ist Sache der SPD-Fraktion, einen Berichts Antrag zu stellen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die FREIEN WÄHLER einen Gesetzentwurf eingebracht haben. Wir sind ein Parlament. Ich habe schon erwartet, dass die SPD-Fraktion in der Lage ist, einen Gesetzentwurf einzubringen, anstatt die Staatsregierung anzuflehen, zu berichten, wie weit diese mit ihren Vorbereitungen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Inge Aures (SPD): So ein Quatsch! Das ist ein Käse, was der redet!)

Klaus Adelt (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Die Staatsregierung anzuflehen, ist nicht unsere Aufgabe. Das tun wir auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Aber man muss auch vernünftig bleiben, das muss man klipp und klar sagen. Ich kann nicht eine Regelung, die seit Jahrzehnten gegolten hat, mit einem Schlag umstoßen und erwarten, dass die Lösung in den nächsten 14 Tagen auf dem Tisch liegt. Das funktioniert nicht. Das ist wie die Quadratur des Kreises.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Einen Zwischenbericht kann man geben, und den fordern wir auch ein.

Sie behaupten, nichts zu verstehen. Das kann ich nur zurückgeben. Ich verstehe Sie nämlich auch nicht.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN – Hans Ritt (CSU): Sauber, Klaus!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 24. Januar hat Lisa Schnell in der "Süddeutschen Zeitung" einen lesenswerten Kommentar geschrieben. Die Überschrift lautet: "Hubert Aiwangers Obsessionen". Sie ruft darin eine Szene aus Charlie Chaplins Film "Modern Times" in Erinnerung, die gerade sehr an Hubert Aiwanger erinnert.

Chaplin steht am Fließband, seine Aufgabe ist es, zwei Schrauben mit zwei Schraubenschlüsseln festzuziehen. So oft und so lange, bis er irgendwann nur

noch Schrauben sieht, nur noch diese kleine Handbewegung macht. Nichts ist vor ihm sicher. Er sieht eine Nase, er dreht daran, einen Knopf ... Chaplin dreht und dreht ... Was für Chaplin die Schrauben sind, ist für FW-Chef Aiwanger ein Wort: Straßenausbaubeitragssatzung.

(Beifall bei der CSU und der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo! So ist das! Und wir drehen, bis wir fertig sind!)

Er scheint nicht anders zu können, wenn er den Mund aufmacht, kommt es heraus. Straßenausbaubeitragssatzung ...

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das musst du erst mal sagen können!)

Sie schreibt weiter im Kommentar:

Aiwanger aber scheint von einer fremden Macht gezwungen zu werden. Absurde Szenen spielen sich vor dem inneren Auge ab: Was gibt's zum Frühstück, Hubert? Straßenausbaubeitragssatzung. Wann holst du die Kinder? Straßenausbaubeitragssatzung. Chaplin würde wohl sagen: Da hat sich eine Schraube gelockert und würde sofort verzückt seinen Schraubenschlüssel ziehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo, bravo!)

Dank Hubert Aiwanger und den FREIEN WÄHLERN sind wir mittlerweile im politischen Absurdistan angekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein, nein! Wir sind bei der Abschaffung!)

Sie führen eine Scheindebatte und heizen sie mutwillig an.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr lasst die Aktuelle Stunde ausfallen!)

Die CSU-Landtagsfraktion hat in Kloster Banz beschlossen: Erstens. Die Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft. Zweitens. Wir lassen auch die Kommunen nicht im

Regen stehen. Wir, die CSU-Landtagsfraktion, arbeiten derzeit an einer gesetzlichen Regelung, die beides im Blick hat. Einerseits sollen die Bürger künftig keine Beiträge mehr bezahlen müssen. Andererseits sollen die Kommunen dafür vom Freistaat kompensiert werden. Aus Sicht der Bürger ist die Abschaffung der Beiträge relativ einfach. Komplizierter ist es jedoch, eine passende und gerechte Regelung für die Kompensation der Gemeinden zu finden. Der Kollege Adelt hat das bereits angesprochen.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Eine Regelung muss gefunden werden, die dann auch wirklich zur Befriedung führt und nicht neue Konflikte produziert. Hier gilt: Gut Ding will Weile haben. Es handelt sich einfach um eine komplizierte Thematik.

Die Mühe, eine Detaillösung zu finden, machen sich die FREIEN WÄHLER nicht. Diese Mühe geben sie sich auch nicht mit dem Gesetzentwurf, für den sie derzeit Unterschriften sammeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seriöse politische Arbeit ist das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir arbeiten jedenfalls daran und werden vor Ostern ein tragfähiges Gesetz in den Landtag einbringen, das mit den kommunalen Spitzenverbänden aus der Sicht der Praxis abgestimmt ist. Das ist auch der Grund, warum wir den verständlichen Antrag der SPD ablehnen. Es ist nicht sinnvoll, jeden dritten Tag einen Zwischenwasserstand zu liefern. Stattdessen brauchen wir eine Gesamtregelung. Diese werden wir vor Ostern im Zusammenhang präsentieren. Um für die Bürger Klarheit zu schaffen, hat das Innenministerium das bekannte Rundschreiben verschickt. Darin wurden die Kommunen gebeten, keine Beitragsbescheide mehr zu erlassen, weil die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist alles gesagt.

Die FREIEN WÄHLER wollen nun, dass das Innenministerium die Gemeinden durch ein weiteres Schreiben darauf hinweist, dass sie auch keine Straßenausbaubeitragsatzungen mehr erlassen sollen. Grund dafür ist – das wurde bereits genannt – die Stadt Neustadt bei Coburg, die am Montag erstmals eine Straßenausbaubeitragsatzung erlassen hat. Die Stadt hatte nicht das Ziel, tatsächlich Beiträge abzurechnen. Sie wollte nur die Möglichkeit schaffen, mit Blick auf eine künftige Neuregelung Finanzierungsleistungen des Freistaats in Anspruch zu nehmen. Das Verhalten der Stadt Neustadt ist natürlich völlig absurd. Während Hunderte anderer Kommunen über viele Jahre hinweg über Satzungen verfügten und diese auch in der Praxis angewendet haben, hat sich die Stadt Neustadt den Luxus geleistet, das eben nicht zu tun. Daher wäre es völlig grotesk, wegen eines Formalismus noch schnell eine über das Knie gebrochene Satzung zu erlassen. Das kann mit einem rechtstreuen Verhalten anderer Kommunen über viele Jahrzehnte hinweg nicht gleichgestellt werden.

Um es ganz klar zu sagen: In Bayern gibt es 2.056 Gemeinden. Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, dass das Innenministerium die anderen 2.055 Gemeinden darauf hinweist, dass sie doch bitte nicht dieselbe Schnapsidee haben sollen wie diese eine Kommune in ganz Bayern. Wir fordern das Innenministerium schließlich auch nicht auf, 2.056 Gemeinden darauf hinzuweisen, dass man nach der Gemeinderatssitzung im Sitzungssaal das Licht nicht brennen lassen, dass man nicht gegen Windmühlen kämpfen, dass man keine Potemkinschen Dörfer errichten oder keine Satzungen zur Vorbereitung der Invasion der Marsmännchen erlassen sollte.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Oje, oje!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anders gesagt: Für wie dumm halten die FREIEN WÄHLER eigentlich die 2.056 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Tausende von Gemeinderatsmitgliedern in ganz Bayern? – Ich meine, die Kommunalpolitiker in Bayern wissen selbst ganz genau, dass es unsinnig ist, jetzt und heute eine neue Straßenausbaubeitragsatzung zu erlassen, da zu diesem Zeitpunkt völlig klar ist, dass es künftig keine Beitragsfinanzierung mehr geben wird. Das Innenministerium

hat in dem Rundschreiben darum gebeten, keine Beitragsbescheide mehr zu erlassen. Damit ist alles gesagt. Dass die Stadt Neustadt dies im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung am Montag so entschieden hat, ist Sache der Stadt Neustadt. Wir brauchen uns als Landtag nicht einzumischen. Jedenfalls ist es völlig absurd, zu glauben, dass das Verhalten der Stadt Neustadt bei Coburg angeblich zu einer Unsicherheit in ganz Bayern führen würde. Die einzigen, die Unsicherheit verbreiten, sind Sie, Herr Aiwanger, und die FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Verhalten verurteile ich auf das Schärfste. Ihnen geht es überhaupt nicht mehr um die Gemeinden. Den FREIEN WÄHLERN geht es schon lange nicht mehr um die Gemeinden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mehr als Ihnen!)

Ihnen geht es auch nicht darum, zur Befriedung dieses komplizierten Themas beizutragen. Ihnen geht es ausschließlich darum, Ihr eigenes politisches Süppchen zu kochen, und zwar auf dem Rücken der Kommunen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ein altes Indianersprichwort lautet: Wenn du merkst, dass das Pferd tot ist, steig einfach ab, lieber Herr Aiwanger.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr seid lange genug sitzen geblieben auf dem toten Gaul!)

Ich erinnere an die letzten Plenarwochen, in denen wir das Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde, eines Dringlichkeitsantrags oder im Rahmen von beidem beraten haben. Spätestens heute merkt der Letzte, dass es Ihnen schon lange nicht mehr um die Sache geht, sondern um Ihr eigenes parteipolitisches Süppchen. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen. Er ist überflüssig und politisch unanständig.

(Beifall bei der CSU – Helmut Radlmeier (CSU): Bravo! – Wortmeldung des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: – Das ist ein bisschen spät angezeigt worden. Herr Kollege Aiwanger, bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Zunächst einmal wundere ich mich darüber, dass Herr Kollege Radlmeier bravo ruft. Noch vor ein paar Wochen hat er in Landshut verkündet, dass die Straßenausbaubeiträge nötig seien. Er sagte, die FREIEN WÄHLER würden das Thema nur behandeln, weil ihnen nichts anderes einfiel.

Herr Herrmann, Sie haben lange Ausführungen gemacht. Von Ihnen habe ich noch nicht gehört, ob das sinnvoll ist – ja oder nein. Können Sie sich auf die Wörter ja oder nein konzentrieren? Ist das für irgendeine Gemeinde sinnvoll – ja oder nein? Mehr als "ja" oder "nein" möchte ich nicht hören. Ihre Ausführungen waren zwar zehn Minuten lang, diese Frage haben Sie aber nicht endgültig beantwortet.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Herrmann, bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Mir ist es vor allem darauf angekommen, die Absurdität Ihrer Anträge darzustellen. Das steht im Fokus, weil es nur um dieses politische Spielchen geht. Jede Gemeinde, die diese Debatte mitverfolgt, bekommt die klare Aussage von der CSU-Landtagsfraktion und allen anderen Fraktionen, dass es künftig keine Beitragsfinanzierung mehr geben wird. Jede Gemeinde wird sich dann gründlich überlegen, ob sie noch Beitragsbescheide verschickt und Satzungen erlässt. Es ist völlig unsinnig, Satzungen zu erlassen, wenn keine Beitragsbescheide auf dieser Basis verschickt werden können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es geht um die Fördertöpfe!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger, Sie haben noch Redezeit übrig. Sie können auch noch einmal ans Rednerpult. Ich muss Sie immer ermahnen, den Stil zu wahren. – Herr Kollege Dr. Herrmann, bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Diejenigen Kommunen, die in der Vergangenheit auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten konnten, haben das Geld der Bürger offenbar nicht benötigt. Deshalb gibt es zunächst keinen Grund, dass sie staatliche Leistungen beziehen. Das ist ein Aspekt bei diesem ganzen Thema. Am Ende wird es darauf ankommen, eine Lösung zu finden, die insgesamt tragfähig ist. Ein Aspekt ist, ob eine Kommune früher Straßenausbaubeitragssatzungen hatte oder nicht. Es ist nicht sinnvoll, jeden Tag Wasserstandsmeldungen über irgendwelche Zwischenüberlegungen zu geben. Das macht die Leute nervös. Wenn eine Gemeinde meint, noch schnell eine Satzung erlassen zu müssen, soll sie das tun. Jedoch soll keine Gemeinde glauben, dass sie sich mit derartigen formalistischen Tricks besserstellen kann als Gemeinden, die über Jahrzehnte hinweg rechtskonform gearbeitet haben. So einfach ist die Antwort.

(Beifall bei der CSU – Wortmeldung des Abgeordneten Helmut Radlmeier (CSU))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Herr Kollege Radlmeier, leider kann ich Ihnen nicht das Wort erteilen. Das ist nach der Geschäftsordnung nicht möglich. Dafür ist das Rednerpult da. Ihre Fraktion hat noch Redezeit.

Jetzt darf ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Mistol das Wort erteilen. Bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, wenn ich mir Ihren Antrag anschau, habe ich den Eindruck, dass Sie unseren Städten und Gemeinden nicht nur Unfähigkeit, sondern obendrein auch noch Arglist unterstellen. Es ist noch keine drei Wochen her, da haben CSU und SPD Ihrem Dringlichkeitsantrag zugestimmt, der vorsieht, dass die Staatsregierung die Kommunen im Sinne eines einheitlichen Verwaltungsvoll-

zugs darauf hinweist, dass Bescheide aufgrund von Straßenausbaubeitragssatzungen bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht erlassen werden sollen. Damals haben wir GRÜNE den Antrag abgelehnt, weil wir den Städten und Gemeinden im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung selbst überlassen wollen, wie sie bis zu einer möglichen Gesetzesänderung auf der – ich betone – noch geltenden Rechtslage verfahren. Die Gegebenheiten vor Ort variieren sehr stark. Nachdem aktuell kein Zeitplan zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge genannt werden kann, werden sich die rechtlichen Rahmenbedingungen zumindest in den nächsten Wochen und Monaten nicht verändern. Das ist doch klar. Das ist keine Sache, die man innerhalb von ein paar Wochen auf den Weg bringen kann. Das entsprechende Rundschreiben des Innenministeriums wurde verfasst, verschickt, aber ich bin mir sicher, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der aktuellen Situation auch ohne ministeriellen Hinweis "den Teufel tun werden", neue Bescheide zu erlassen.

Problematisch könnte es in der Zwischenzeit jedoch in denjenigen Fällen werden, in denen für beitragsfähige Maßnahmen eine Verjährung der Beitragsfrist eintritt. Auch der Bayerische Gemeindetag zum Beispiel ist der Auffassung, dass in den Fällen, in denen in nächster Zeit eine Verjährung droht, vor deren Eintritt abzurechnen ist, da bei Untätigkeit das Risiko strafrechtlicher Folgen aus heutiger Sicht nicht ausgeschlossen werden kann. Den Kommunen aber jetzt mitzuteilen, dass es keinen Sinn mehr macht, Satzungen zu erlassen, ist einfach nur lächerlich, ist überflüssig.

Es könnten weitere Kommunen – wie das von Ihnen genannte Beispiel – in einer Last-Minute-Aktion noch Satzungen erlassen, um sich vermeintlich Vorteile zu verschaffen. Im Rahmen der Neuregelung müsste es daher eine Stichtagsregelung geben, wenn es um den Erlass von Satzungen geht; denn klar ist für uns GRÜNE auch: Eine Kompensation kann es eigentlich nur für diejenigen Kommunen geben, die bislang ordnungsgemäß Ausbaubeiträge erhoben haben und die diese Möglichkeit bei einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge dann nicht mehr haben. Wenn eine Kommune

hingegen zwar eine Satzung hat oder hatte, diese Satzung aber nicht angewandt hat, gibt es auch nichts zu kompensieren. Das ist eigentlich logisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Formulierung eines Antrags in diesem Sinne hätte ich noch für nachvollziehbar erachtet, nicht aber eine weitere populistische Stimmungsmache gegen unsere Rathäuser.

Bevor wir jedoch über ungelegte Eier diskutieren, sollten wir erst einmal unsere Arbeit tun. Bekanntermaßen steckt der Teufel im Detail, und da erwarte ich mir auch von Ihnen Lösungsvorschläge. Sie sagen immer: Die CSU, die Staatsregierung wolle das vorlegen. – Sie haben selber gesagt, Ihr eigener Gesetzentwurf sei nicht das Gelbe vom Ei, da sei sozusagen noch einiges zu tun. Ich erwarte mir von Ihnen, dass Sie mit Vorschlägen kommen, und im Rahmen der Abschaffung sind sicher außerdem noch weitere Fragen zu klären, die ohnehin auch mit den kommunalen Spitzenverbänden geklärt werden müssen. Lassen Sie bis dahin die Kirche bitte im Dorf; so viel Zeit muss sein.

Den Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir ablehnen. Der Antrag der SPD ist hingegen sinnvoll, sodass wir ihm zustimmen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, und dazu werden die Anträge wieder getrennt.

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wenn ich sage, dass die Aussprache geschlossen ist, habe ich keine Wortmeldungen mehr.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/20790 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Unruhe)

Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Muthmann (fraktionslos) und Kollege Felbinger (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung bei der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Unruhe – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei euch ist nicht einmal die Hälfte da! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Natürlich! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei euch ist auch nicht die Hälfte da!)

Darf ich in der Abstimmung fortfahren? – Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/20838 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Felbinger (fraktionslos), Kollege Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Gegenstimmen der CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag auch abgelehnt.